



FDP-Ratsfraktion Kiel

Haushalt 2010

Rede von Helmut Landsiedel

Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion

Gehalten vor der Kieler Ratsversammlung

10. Dezember 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Pressevertreter,
liebe Gäste,

bevor ich mit meinen Ausführungen zum Haushalt 2010 beginne, möchte ich zunächst im Namen der FDP-Ratsfraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt Kiel für die im nun ablaufenden Jahr geleistete Arbeit danken. Nur durch ihre professionelle Arbeit, durch ihr Engagement können wir die Aufgaben der kommunalen Daseinsfürsorge erfüllen. Gleichwohl sehen wir durch die Haushaltslage begründet mehr denn je die Notwendigkeit, dass wir durch eine konsequente Produkt- und Aufgabenkritik das Verwaltungshandeln effizienter gestalten müssen. Dazu benötigen wir dringender denn je auch Ihre Hilfe.

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

im letzten Jahr habe ich den Bürgermeister von Langenfeld zitiert, der erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte. Seine Grundsätze wiederhole ich hier gerne nochmals:

- gib nicht mehr Geld aus, als Du einnimmst,
- betreibe eine Wirtschaftsförderung, die auf mittelständische Branchenvielfalt setzt
- konzentriere dich auf wirklich wichtige Projekte wie Schulausstattung und Sportinfrastruktur
- und verzichte auf „Nice-to-have Anschaffungen“

Meine Damen und Herren, davon waren wir 2008 und sind wir heute weit entfernt.

Aber genau das sind und bleiben die Grundlagen und Schwerpunkte der Politik der FDP-Ratsfraktion:

1. Investitionen in Bildung und Sport, um unseren Kindern die Basis für eine zukunftsfähige Perspektive zu bieten. Deshalb haben wir dem RBZ-Projekt zugestimmt, unterstützen auch das Zentralbad an der Hörn sowie die Mittel für den Breitensport und möchten mit unserem heutigen Antrag die Schulsozialarbeit stärken.
2. Eine aktive Wirtschaftspolitik, um Arbeitsplätze in dieser Stadt zu halten und neue zu schaffen und letztlich auch die Einnahmen unserer Stadt sicher zu stellen. Dass es uns damit ernst ist, haben wir in den vergangenen Jahren durch eine Vielzahl von Anträgen gezeigt.
3. Eine Haushaltspolitik, die nicht die kommenden Generationen mit einem Schuldenberg belastet. Das heißt, keine zusätzlichen Schulden, sondern – und dies ist sicherlich nicht kurzfristig, sondern nur mittel- bis langfristig möglich – Abbau des enormen Schuldenstands. Auch hierzu werden wir einen Antrag vorlegen, der ähnlich wie auf Bundes- und Landesebene eine Art „Schuldenbremse“ für unsere Stadt darstellen soll.

4. Verzicht auf „Nice-to-have“ – und damit Verzicht auf Projekte wie z.B. das vor über einem Jahr im Nachtragshaushalt 2008 beschlossene „Atelierhaus“, von dem niemand weiß, welche Rolle es in der Kulturlandschaft unserer Stadt spielen soll und wie teuer es wirklich wird. Oder Wahnsinnsprojekte wie die SRB, die auch im nächsten Haushalt wiederum mit einer halben Million Euro veranschlagt wird. Auch hierzu haben wir entsprechende Anträge eingebracht.

- Investitionen in Bildung und Sport,
- eine aktive Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze sichert und schafft, sowie
- Verzicht auf finanzwirtschaftlich nicht finanzierbare Projekte und
- der Abbau der enormen Schuldenlast

dies ist und bleibt für uns Liberale die beste Sozialpolitik.

Denn Kinder, die eine umfassende, schon früh einsetzende Bildung erhalten, die sich in ihren Schulen wohl fühlen, die sich in den Sportvereinen oder anderen Vereinen engagieren, sind wesentlich besser auf ein Leben nach der Schule in Beruf und Familie vorbereitet.

Menschen, die einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz erhalten, gleiten nicht in die staatliche Fürsorge ab.

Es gilt, einen schuldenfreien Haushalt anzustreben, um finanzielle Freiräume zu schaffen, die es uns ermöglichen, sinnvollere Ausgaben als Zinszahlungen zu tätigen.

Doch was liegt uns heute vor?

Ein Haushalt der steigenden Ausgaben, der trotz optimistischer Einnahmeschätzungen ein bis 2013 anwachsendes negatives Jahresergebnis in Höhe von rund 130 Mio. Euro aufweisen wird.

Meine Damen und Herren,

bevor ich zu einer Bestandsaufnahme des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs komme, gestatten Sie mir einige Anmerkungen:

Angesichts dieser Haushaltsdaten im Status Quo, und angesichts der Haushaltssituation in der Perspektive ist eine verantwortungsvolle politische Steuerung notwendiger denn je!

Doch, meine Damen und Herren, diese politische Steuerung ist auch in diesem Jahr schwierig. Ich möchte dies an einigen Beispielen erläutern:

1. Eine **Eröffnungsbilanz**, die den tatsächlichen finanziellen Stand der Landeshauptstadt Kiel umfassend abbildet, liegt nicht vor. Wir haben somit noch keine Informationen über Anlagevermögen, Umlaufvermögen, Fremdkapital und Eigenkapital und damit über die tatsächliche finanzielle Lage der Stadt.
2. Außerdem fehlen Informationen über die gesamten **Abschreibungen**. Was vorliegt, sind die Abschreibungen, die die kostenrechnenden Einrichtungen betreffen. Daher ist das Jahresergebnis tatsächlich noch wesentlich schlechter als im Haushaltsplan-Entwurf dargelegt!

3. Das für die politische Steuerung im doppelten System notwendige Prinzip der **Kennzahlen** ist immer noch nicht vollständig und daher nicht in einem Zustand, der der Selbstverwaltung ihre Aufgaben ermöglichen, geschweige denn wirklich erleichtern kann.
4. Zu alledem wurde der Selbstverwaltung der Haushaltsplan-Entwurf erst relativ **spät vorgelegt** – gleiches gilt auch für den stets sehr hilfreichen Vorbericht.

Der Zeitdruck ist also hoch und in Kombination mit den oben angesprochenen Informationsdefiziten macht er es der Selbstverwaltung per Saldo schwieriger denn je, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, den vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf rational zu beurteilen und zielgerichtet ändern zu können.

Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren,

wenn es einen durchgängigen Trend in diesem über 800seitigen Zahlenwerk gibt, dann leider den, dass so ziemlich alles, was haushaltspolitisch problematisch ist, auch zunimmt. Beispielhaft sei auf Basis der Nachmeldeliste der Verwaltung auf Folgendes verwiesen:

- Das **Jahresergebnis** wird sich in 2010 mit einem Minus von rund 75 Mio. Euro im Vergleich zu 2009 um etwa 34% und damit drastisch verschlechtern. Im übrigen sind - wie gesagt - die **Abschreibungen** immer noch nicht vollständig erfasst, sodass sich das tatsächliche Ergebnis noch schlechter darstellen würde.

- Besorgniserregend ist zudem die explosionsartige Entwicklung der **Kassenkredite**, also der kurzfristigen Schulden. Der Kämmerer weist im Vorbericht darauf hin, ich zitiere: „Diese steigen im Planungszeitraum um den Faktor 10 von 57 auf 522 Mio. Euro.“ Zitat Ende. **In der Summe von langfristigen und Kassenkrediten wird Kiel also in 2013 bei über 1 Mrd. Euro liegen.** Ich denke, dass dem nichts hinzuzufügen ist. Dies ist finanzpolitischer Harakiri!
- Der **Finanzplan**, der nach der Gemeindehaushaltsverordnung mindestens ausgeglichen sein soll, ist zunehmend defizitär.
- Die **Nettokreditaufnahme** wird 23,5 Mio. Euro betragen – auch hier ist mit etwa 22% ein mehr als deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Auch wenn dies zum Teil auf positiv zu bewertende investive Maßnahmen im Schulbereich zurückzuführen ist, kann sich die Stadt dennoch nicht der Pflicht entziehen, diese Kredite irgendwann zu bedienen.
- Der **Schuldenstand** steigt um weitere 6%, die **Pro-Kopf-Verschuldung** nimmt etwa in der gleichen Größenordnung zu und wird zum Ende des kommenden Jahres fast 1.800 Euro betragen.
- Vor diesem Hintergrund weisen auch die **Zinszahlungen** eine expansive Entwicklung auf. Sie werden bis 2013 voraussichtlich um 60% zunehmen und den finanzpolitischen Spielraum weiter verringern.

- Dies belegt auch die **Zins-Steuer-Quote**: Von jedem in Kiel verbleibenden Steuer-Euro müssen in 2010 rund 10% für Zinsen aufgebracht werden – in 2013 wird sich dieser Betrag auf über 14% erhöhen!

Der Handlungsdruck nimmt also zu:

Will die Landeshauptstadt Kiel langfristig handlungsfähig bleiben, um auch zukünftig beispielsweise in Bildung investieren zu können, sind Ausgabendisziplin, die Trennung der wichtigen von den weniger wichtigen Aufgaben - wie es der Oberbürgermeister einmal formulierte - sowie die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kiel notwendiger denn je.

Wer aber angesichts der oben erwähnten Rahmendaten immer noch von einer StadtRegionalBahn träumt oder ein Künstlerhaus realisieren will oder nicht die Notwendigkeit erkennt, durch Aufgaben-/Produktkritik strukturell wirksame Maßnahmen zu ergreifen und alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen, hat nichts verstanden oder will nichts verstehen.

Die FDP-Ratsfraktion wird auch weiterhin Investitionen in Bildung und Sport in den Mittelpunkt stellen, dabei aber das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht aus den Augen verlieren. Betrachtet man dabei die Entwicklung der Schulden der letzten Jahre, kann man feststellen, dass es hier einen stetigen Aufwärtstrend gab und weiterhin geben wird.

Im Jahr 1998 lagen die Schulden bei 470 Mio. Euro – ein historischer Höchststand!

Nach der Realisierung von Veräußerungserlösen (KWG, Stadtwerke, Ostseehalle) konnte der Schuldenstand bis 2003 auf 317 Mio. Euro reduziert werden.

Doch bis zum Jahr 2010 steigen sie auf 412 Mio. Euro an und in 2013 werden es etwa 490 Mio. Euro sein, womit wir jenseits der Größenordnung des historischen Höchststands von 1998 sein werden. – Mit anderen Worten: Der damalige Verkauf von Tafelsilber hat die Schuldenspirale nur für einige Jahre stoppen können. Der Tilgungs-Effekt wird spätestens in 2013 verpufft sein!

Wo bleibt da in Kiel die Generationengerechtigkeit, die es erfordert, dass wir heute nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkel leben dürfen?

Die FDP-Ratsfraktion hat seit Jahren versucht, ihr politisches Handeln bei geplanten Maßnahmen sparsam und kostenbewusst auszurichten:

Einige Beispiele aus den vergangenen Monaten können das belegen:

1. Wir stimmten gegen die Realisierung des **Atelierhauses**, weil sich die Landeshauptstadt Kiel angesichts der Haushaltssituation und der drängenderen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge eine weitere freiwillige Ausgabe wie dieses Projekt nicht erlauben sollte.

Die Kooperation lässt sich jedoch auch durch gute Argumente nicht beirren und hat das Projekt in der letzten Sitzung des Bauausschusses nach dem Augen-zu-und-durch-Prinzip auf den Weg gebracht.

2. Wir votierten aus den hinlänglich bekannten Gründen gegen die **StadtRegionalBahn** und werden selbstverständlich auch gegen die weiteren 500.000 Euro Planungskosten, die im vorliegenden Haushaltsplanentwurf hierfür eingestellt wurden, unsere Hand heben.

Wie aus der Beantwortung der Kleinen Anfrage der FDP-Ratsfraktion unlängst hervorging, sind – über die von der Verwaltung nicht bezifferten Personalkosten hinausgehend – für Gutachten, Studien etc. bislang mehr als 700.000 Euro von der Landeshauptstadt Kiel ausgegeben worden. Im Falle der immer wahrscheinlicher werdenden Nicht-Realisierung der SRB sind diese Beträge im wahrsten Sinn „verbranntes Geld“. Um die Risiken für die Stadt zu vermeiden, sind die Planungen zu beenden. Die Kooperation zeigt sich jedoch auch hier beratungsresistent und wird nicht müde, diesen Planungskosten immer weitere hinzuzufügen, damit das Scheitern der SRB am Ende auch schön teuer für die Steuerzahler wird. Hier sollten doch die Erfahrungen mit dem Maritimen Science Center – hier wurden nach Auskunft des Bürgermeisters über 5 Mio. Euro in den Sand gesetzt – zu einem Lernerfolg führen, doch die Kooperation ist auf dem besten Weg, neben den bereits verbrannten 5 Mio. Euro weitere Millionen an Steuergeldern zu verbrennen. Da sage noch einer, Kiel hat kein Geld!

3. Wir haben immer wieder den städtischen Zuschuss zum **Kieler Flughafen**, der auch in 2009 über 600.000 Euro beträgt, kritisiert und gefordert, diesen mittel- bis langfristig wesentlich zu senken.

Denn wir sind der Meinung, dass es keine originäre Aufgabe einer Kommune ist, einen - wie auch der Landesrechnungshof feststellt - regionalwirtschaftlich nahezu bedeutungslosen Flughafen zu subventionieren, zumal die knappen Gelder in weitaus sinnvollere Verwendungen gelenkt werden könnten. Durch die Entwicklung des MFG 5 wird unsere Position – und hier sage ich ausdrücklich leider - noch zusätzlich bestärkt.

4. Wir haben uns gegen die Gründung einer neuen **Städtepartnerschaft** ausgesprochen – dies nicht nur, weil das mit weiteren Sach- und Personalkosten verbunden ist, sondern auch, weil es seit Jahren Konsens im Hause war, es bei den acht bestehenden Partnerschaften zu belassen.

Die Kooperation hat jedoch mit ihrem Beschluss vor drei Wochen diesen bewährten Konsens praktisch über Bord geworfen, was ein weiteres Schlaglicht auf den so genannten „neuen Politikstil“ wirft.

5. Den größten Wahnsinn leistete sich die Kooperation mit ihren Beschlüssen zur **Innenstadtentwicklung**. Trotz gegenteiliger Stellungnahmen der Wirtschaft oder auch der betroffenen Kaufleute vor Ort folgt man einer Investorenvertreibungspolitik, die ich nur noch als verantwortungslos bezeichnen kann. Ich bin fest davon überzeugt, dass auch der Beschluss für ein Moratorium dazu führen wird, dass wir den Alten Markt abhängen und dort keine Investoren finden werden.

Im Rückblick auf die letzten Jahre stelle ich fest: Es hat sich an der wirtschaftspolitischen und finanziellen Situation im Sinne der FDP-Ratsfraktion nichts verändert, geschweige denn verbessert. Daher gibt es für uns nur eine Konsequenz: Dem Stellenplan und Haushaltsplan wird die FDP-Ratsfraktion in dieser Form nicht zustimmen!

Der entscheidende Punkt liegt darin, dass die Stadt immer mehr ausgegeben als eingenommen hat, also über ihre Verhältnisse gelebt hat!

Zahlreiche Unwägbarkeiten, wie z. B. die Auswirkungen der Finanzkrise oder die Entwicklung der Sozialkosten, sind in der Zukunft noch zu schultern, zudem schieben wir einen Sanierungsstau bei den öffentlichen Gebäuden vor uns her, der eine weitere finanzielle Herausforderung für die Stadt darstellt.

6. Wir haben Vorschläge zur **Neuausrichtung der KiWi und der Regionalen Wirtschaftsförderung** eingebracht, ebenso Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten durch die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen – alle Vorschläge wurden von der Kooperation abgelehnt.

Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren,

angesichts der Rahmendaten sind für die FDP-Fraktion die bereits genannten Zielrichtungen von entscheidender Bedeutung:

1. Investitionen in Bildung und Sport
2. Eine aktive Wirtschaftspolitik
3. Die Konsolidierung des Haushaltes

Vor dem Hintergrund dieser Zielrichtungen einerseits und der Haushaltssituation andererseits beantragen wir Liberale die Entwicklung eines **Haushaltssicherungskonzepts**.

Mit ihren Nebelkerzen á la „**Reformkataster**“ lässt Rot-Grün die Öffentlichkeit im Unklaren darüber, wie es um die finanzielle Lage der Stadt steht und wie eine mittel- bis langfristige Haushaltskonsolidierung aussehen soll und stiehlt sich in einer nicht zu verantwortenden Art aus der Verantwortung.

Wir Liberalen dagegen wollen mit dem Antrag, ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, nicht nur die miserable Situation offen legen und die Ursachen hierfür darstellen lassen. – Nein, wir wollen auch – und dies ist der Kern – ein Konzept entwickeln lassen, wie sich die Landeshauptstadt Kiel aus dieser Situation nachhaltig befreien kann.

Aus einer Situation im Übrigen, in die die Stadt letztendlich durch jahrzehntelange Misswirtschaft unter Federführung der Sozialdemokraten hineinmanövriert worden ist!

Durch die Beantragung unseres Haushaltssicherungskonzepts wollen wir Liberalen die Basis für eine zukunftsorientierte und verantwortungsvolle Haushaltspolitik legen. Wir wollen – mit Blick auf notwendigen Ausgaben im Bereich der Bildung und eine Verbesserung der Einnahmen durch eine aktive Wirtschaftsförderung – die finanzpolitischen Freiräume der Stadt erhalten, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge auch zukünftig solide erfüllen zu können!

Meine Damen und Herren, wir wollen die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt sichern und bauen dabei auf das Know-How der Verwaltung und ihrer fähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ohne sie werden wir dieses ehrgeizige Ziel nicht erreichen können!

Daher ist die Entwicklung eines Haushaltssicherungskonzepts der richtige Weg!

Wir sind davon überzeugt, dass ein Haushaltssicherungskonzept Mut braucht und auch freiwillige Leistungen auf den Prüfstand stellen muss. Nur ein konsequenter Sparkurs wird Kiel mittelfristig in die Lage versetzen, die volle Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen.

Doch sowohl Ihre Presseerklärung als auch Ihre heutigen Ausführungen lassen erkennen, dass Sie die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung nicht wahrnehmen. Das entspricht der Denkweise von Rot-Grün: Geld ausgeben und die eigene Klientel beglücken ist allemal einfacher als sich heute schon Gedanken darüber zu machen, wie wir in den nächsten Jahren von dem hohen Schuldenberg runter kommen. Augen zu und durch – Schuld haben hinterher die Anderen, die es wagen, tatsächlich über neue Formen der Finanzierung kommunaler Aufgaben nachzudenken. Alleine schon das Nachdenken darüber, ob die Gewerbesteuer noch als Instrument der Finanzierung kommunaler Aufgaben geeignet ist, wird hier in diesem Haus schon als Weltuntergangsszenarium zelebriert.

Die Presseklärungen, die Argumentation im Offenen Kanal Kiel aber auch die heutigen Haushaltsreden der Kooperationsvertreter erinnern mich an ein Märchen von Hans-Christian Andersen: „Des Kaisers neue Kleider“. Sie gefallen sich in der Rolle des Kaisers, dem man wunderba-

re Kleidungsstücke überzieht und der sich ganz verzückt über seine eigene Größe und Schönheit von seinem Gesinde bejubeln lässt – bis ein kleiner Küchenjunge ruft: Aber der Kaiser ist doch ganz nackt!

Und genau das sind Sie, meine Damen und Herren, von sich selbst überzeugt ohne auch nur ansatzweise an die harten Fakten und Realitäten zu denken. Wir werden diese Rolle des kleinen Küchenjungen weiterhin übernehmen und den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, dass Sie durch Ihre verfehlte Politik den Menschen Projekte vorgaukeln, die mit den finanzpolitischen Realitäten nichts mehr zu tun haben.

Übernehmen Sie die Verantwortung für die Folgen dieses Haushaltes, schauen Sie nicht nur auf das Heute, Hier und Jetzt, schauen Sie auch auf die nächsten Jahre und die Konsequenzen des Schuldenbergs für unsere Kinder! Wenn Sie dies heute durch Ihre Unterstützung für unseren Antrag tun würden, könnten auch wir uns vorstellen, für diesen Haushalt eine Mitverantwortung zu übernehmen.

Zum Schluss möchte ich den Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker zitieren, der bei einer Gesprächsrunde im Dezember 2008 auf die Frage, wen er bei der nächsten Bundestagswahl wählen würde, antwortete: "Das sage ich Ihnen nicht, aber ich werde die Partei wählen, die auch mal sagt, es gibt viele schöne Dinge, nur wir können sie uns nicht alle leisten!"

Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!